



In seiner 145. Sitzung am 26. Juni 2013 vom Verteidigungsausschuss beschlossener Untersuchungsauftrag:

Der Verteidigungsausschuss im Deutschen Bundestag konstituiert sich als Untersuchungsausschuss gemäß Artikel 45a Abs. 2 GG.

Der Ausschuss hat den Auftrag, bis zum 31. August 2013 den Umgang der Bundesregierung mit dem Entwicklungsvorhaben EURO HAWK unter vertraglichen, rechtlichen, haushälterischen, militärischen, technologischen und politischen Gesichtspunkten zu untersuchen sowie die Aufklärungs- und Informationspraxis der Bundesregierung zu diesem Vorgang zu überprüfen. Ein Schwerpunkt ist dabei die Aufklärung über den Umgang mit den seit Abschluss des Entwicklungsvertrages bekannt gewordenen schwerwiegenden Problemen.

Hierzu sollen insbesondere folgende Fragen geklärt werden:

1. Wie und auf Grundlage welcher Informationen und Konsultationen kam es zu dem Plan, das Entwicklungsprojekt EURO HAWK zu beauftragen und welche Kosten wurden für welche erwarteten Fähigkeiten des Aufklärungssystems damals geschätzt?
2. Wie, mit welcher Zweckbestimmung und auf Grundlage welcher Informationen und Konsultationen kam es zum Vertragsabschluss des Bundesamtes für Wehrtechnik und Beschaffung (BWB) mit der EURO HAWK GmbH im Januar 2007? Waren Verfahren, Vertragsgestaltung und vereinbarte Risikoverteilung damals sachgerecht und entsprachen sie den damals geltenden Rechtsvorschriften?
3. Was war zu welchem Zeitpunkt Vertragsgegenstand, insbesondere im Hinblick auf vertraglich geschuldete Erfolge, und inwieweit wurden gegebenenfalls wann welche Veränderungen am Vertragswerk vorgenommen?
4. Wie wurde seit Abschluss des Vertrages im Januar 2007 von Seiten der Vertragspartner an die Stellen des Bundes über den Verlauf des Entwicklungsvorhabens berichtet und wie wurde seitens der Bundesregierung der Projektverlauf überwacht?
5. Welche Probleme traten im Projektverlauf auf und welche Personen in Leitungsfunktionen in der Bundesregierung, insbesondere in den Bundesministerien der Verteidigung und der Finanzen, einschließlich der Hauptabteilungsleiter und Abteilungsleiter sowie der Leitung des



BWB/BAAINBw, hatten zu welchem Zeitpunkt welche Informationen über diese Probleme?

6. Wie wurde mit den Informationen über diese Probleme verfahren, wer wurde darüber wie informiert und auf Grundlage welcher Informationen und Konsultationen wurden welche Maßnahmen ergriffen, um die Probleme zu lösen?
7. Zu welchem Zeitpunkt hatte Bundesminister Dr. Thomas de Maizière Kenntnis über (lösbare oder unlösbare) Probleme beim Entwicklungsvorhaben EURO HAWK und welche Vorgaben machte der Minister gegebenenfalls hinsichtlich der Lösung dieser Probleme?
8. Welche der im Bereich des Bundesministeriums der Verteidigung vorliegenden Informationen über die Probleme beim Entwicklungsprojekt EURO HAWK wurden wann und aus welchem Anlass innerhalb der Bundesregierung, an den Deutschen Bundestag und seine Fachausschüsse sowie an dritte Stellen und die Öffentlichkeit weitergegeben?
9. Wurden in diesem Zusammenhang Informationen zurückgehalten, verändert oder nicht weitergeleitet? Falls ja: Wie kam es hierzu und wer trägt hierfür die Verantwortung?
10. Welche Haushaltsmittel werden vom Beginn des Entwicklungsvorhabens bis zu seiner Beendigung Ende September 2013 für welche Zwecke und welche durch den Auftragnehmer erbrachten Leistungen aufgewendet worden sein? Welche Beträge werden davon aus welchen Gründen als Verlust zu verbuchen sein und wer trägt hierfür die Verantwortung? In welcher Projektphase und in welchen Entscheidungen liegen die Ursachen für einen gegebenenfalls eingetretenen Schaden? Wem auf Seiten der Bundesregierung wurde hierzu wann berichtet? Was wurde unternommen, was unterlassen, um während des Projekts Schäden zu vermeiden oder zu vermindern? Welche Mitwirkungsrechte und -pflichten hinsichtlich der nach dem Vertrag auszahlenden Mittel obliegen den beteiligten Ministerien? Wurden diese ausreichend wahrgenommen? Hat das Entwicklungsvorhaben Ergebnisse erbracht, die weiter genutzt werden können?
11. Welche Informationen und Erkenntnisse waren zu welchem Zeitpunkt Grundlage für Entscheidungen zum Verzicht auf die Serienbeschaffung des EURO HAWK, wurden diese Entscheidungen jeweils auf bestmöglicher Informationsgrundlage fachlich und sachlich angemessen vorgenommen. Auf welche Weise war der Minister in diese Entscheidungen einbezogen?



12. Welche Auswirkungen haben das Ende des Entwicklungsprojekts EURO HAWK und der Verzicht auf die Serienbeschaffung auf andere Rüstungsvorhaben der Bundeswehr, der NATO und der EU im Zusammenhang mit unbemannten fliegenden Systemen (AGS/Global Hawk/waffenfähige Drohnen)?
13. Welcher Änderungsbedarf in der Organisation des Beschaffungswesens der Bundeswehr folgt gegebenenfalls aus den Erfahrungen mit diesem Entwicklungsvorhaben?
14. Welche Maßnahmen wurden in der Bundesregierung auf welcher Informationsgrundlage durch wen ergriffen, um Haftungs- und Gewährleistungsansprüche gegenüber der Auftragnehmerin zu prüfen und gegebenenfalls geltend zu machen